

Für regionale Integration

Initiative will großes Flüchtlings-Ghetto in der Osterfeldstraße verhindern



Verteilten Flyer auf dem Marie-Jonas-Platz: Friedrich Liebetreu (Mitte) sowie die Sprecher der Bürgerinitiative gegen eine Flüchtlings-Großsiedlung in Eppendorf, Christine Dorow und Rolf Stellermann
Foto: Hanke

Von Christian Hanke

EPPENDORF Mit dem Ziel, die geplante Flüchtlingsunterkunft Osterfeldstraße als Großsiedlung zu verhindern, hat sich jetzt die vor allem aus Anwohnern der vorgesehenen Flächen bestehende Bürgerinitiative „Eppendorf/Lokstedt: Integration statt Großsiedlung“ gebildet. Rund 50 Menschen trafen sich bei der Gründung, die der CDU-Bezirksabgeordnete Stefan Bohlen maßgeblich herbeigeführt hatte, der aber selbst nicht Mitglied der Initiative ist.

Die neue Initiative setzt sich für „eine alternative, dauerhafte und dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in

den Stadtteilen Eppendorf, Hoheluft-Ost und Lokstedt auf dafür geeigneten Flächen und in einem integrationsförderlichen und sozialverträglichen Maß“ ein. Dafür müsse „eine Durchmischung von Eigentum, Sozialwohnungen und Flüchtlingsunterkünften die nachbarschaftliche Integration ermöglichen“, so die Initiative. Unterkünfte müssten so geplant werden, dass eine Ghettoisierung verhindert und regionale Integration gefördert werde: „Große Siedlungen machen das unmöglich und Massquartiere, in denen Flüchtlinge auf engem Raum unter sich bleiben, drohen Ausgangspunkt für Parallelgesellschaften zu werden.“ Die geplante Unterkunft Osterfeldstraße

mit rund 500 neuen Wohnungen im sozialen Wohnungsbau lehnt die Initiative auch ab, weil die Altlastenfrage ungeklärt ist und „die Gefahr besteht, dass die Wohnbebauung das Gewerbe verdrängt und Arbeitsplätze in unseren Stadtteilen verlorengehen“. Sie prangert außerdem an, dass es „kein Sicherheitskonzept, kein Verkehrskonzept und keine Kapazitäten in Kitas, in Schulen und bei Ärzten“ gebe. Am nächsten Montag, 29. Februar, wird die neue Bürgerinitiative um 18 Uhr in der Hauptkirche St. Nikolai, Harvestehuder Weg 118, alle ihre Argumente auf einer Informationsveranstaltung des Bezirksamtes Hamburg-Nord zur

Flüchtlingsunterkunft Osterfeldstraße darlegen. Ebenso wie die Bezirkspolitiker. Noch sind die Eppendorfer offenbar wenig informiert über dieses Thema. „Niemand weiß etwas über die geplante Unterkunft“, hat Christa Tapke-Jost von der Initiative bei einer Befragung von Passanten auf der Eppendorfer Landstraße festgestellt. Immerhin hat die Initiative inzwischen Flyer auf dem Marie-Jonas-Platz verteilt. Voraussichtlich vor der Informationsveranstaltung wird es ein Gespräch der Initiative mit dem Leiter des Bezirksamtes Hamburg-Nord, Harald Rösler, geben - nichtöffentlich.